IVW1-ProG-2/002-2019

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 10.02.2021
zu Ltg.-**1456/P-1-2021**
R- u. V-Ausschuss

NÖ Prostitutionsgesetz

Änderung

SYNOPSIS

Dokumentation der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens
betreffend die beabsichtigte Änderung des NÖ Prostitutionsgesetzes

Der Entwurf einer Änderung des NÖ Prostitutionsgesetzes wurde an nachfolgende Stellen zur Begutachtung versendet:

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Ballhausplatz 2, 1014 Wien
2. Abteilung Finanzen
3. Abteilung Landesamtsdirektion / Verfassungsdienst
4. Abteilung Landesamtsdirektion / Beratungsstelle
5. Gruppe Innere Verwaltung
6. Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute
7. Landesverwaltungsgericht Niederösterreich
8. Österreichischer Gemeindebund, vertreten durch den Niederösterreichischen Gemeindebund, Festlergasse 4, 3100 St. Pölten
9. Österreichischer Gemeindebund, vertreten durch den Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich, Europaplatz 5, 3100 St. Pölten
10. Österreichischer Städtebund, Landesgruppe NÖ, Rathausplatz 1, 3100 St. Pölten
11. Volksanwaltschaft, Singerstraße 17, 1015 Wien
12. Landwirtschaftskammer Niederösterreich, Wiener Straße 64, 3100 St. Pölten
13. Wirtschaftskammer Niederösterreich, Wirtschaftskammer-Platz 1, 3100 St. Pölten
14. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, AK-Platz 1, 3100 St. Pölten
15. Niederösterreichischer Gemeindebund, Ferstlergasse 4, 3100 St. Pölten
16. Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich, Europaplatz 5, 3100 St. Pölten
17. Verband Freiheitlicher und Unabhängiger Gemeindervertreter Niederösterreichs
18. Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten
19. Landespolizeidirektion Niederösterreich, Neue Herrengasse 15, 3100 St. Pölten

Zum vorliegenden Gesetzesentwurf wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

1. Allgemeiner Teil

Abteilung Landesamtsdirektion/Recht

Der Entwurf wurde bereits mehreren Vorbegutachtungen unterzogen, zuletzt der Entwurf vom 25. Mai 2020. Zu diesem gaben wir am 2. Juni 2020 eine Stellungnahme, LAD1-VD-14608/033-2019, ab.

Der vorliegende Entwurf unterscheidet sich vom Vorbegutachtungsentwurf vom 25. Mai 2020 nur marginal, es wurden lediglich manche unserer formalen Anregungen aufgenommen. Daher können wir weiterhin auf die oben angeführte Stellungnahme verweisen.

In den Erläuterungen wird nunmehr ausgeführt, dass die Novelle nicht der Pflicht zur Mitteilung gemäß der Dienstleistungs-Richtlinie unterliegen würde. Diese Ausführungen widersprechen einerseits dem bisherigen Rechtsstandpunkt der Abteilung – siehe Schreiben vom 11. Dezember 2009, IVW1-L-66/014-2009, (Bekanntgaben im Hinblick auf den Bericht über das NÖ Landesrecht gemäß Art. 9 Abs. 2, Art. 15 Abs. 5, Art. 25 Abs. 3 und Art. 39 Abs. 5 der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften) – im Hinblick auf die §§ 3 und 5 Abs. 1 des NÖ Prostitutionsgesetzes – und andererseits den Ausführungen der Studie der Universität Salzburg, Projektleitung Univ. Prof. DDr. Thomas Eilmansberger und Ass.-Prof. Dr. Günter Herzig, Studie im Auftrag des BM für Wirtschaft, Familie und Jugend zum Thema „Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie Normenprüfung und Berichtspflichten (nähere Ausführungen S. 173 ff). Die Studie wurde u.a. Ihrer Abteilung mit Schreiben vom 6. Juli 2009, LAD1-VD-109701/111-2009, übermittelt.

Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute

Durch die zusätzlichen Gebote und Verpflichtungen ist zwar mit einem Anstieg der Verwaltungsstrafverfahren zu rechnen, die Auswirkungen auf den Personalaufwand

sollten aber dennoch relativ gering sein, da es auch bisher nur relativ wenige Verfahren gab (zB BH AM, 3 Verfahren im Jahr 2019).

Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute, Bereichssprecher für öffentliche Sicherheit

Positiv wäre, wenn im NÖ Prostitutionsgesetz Maßnahmen für folgenden Fall verbesserte Maßnahmen festgehalten werden könnten:

- Eine Prostituierte ist erkrankt und darf nicht arbeiten.
- Für diesen Fall soll die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, dass die Exekutive von der Gesundheitsbehörde Informationen erhält, um Kontrollen vor Ort durchzuführen; dass die erkrankte Prostituierte auch tatsächlich nicht arbeitet.

Diese rechtliche Möglichkeit besteht leider derzeit nicht.

Berufsvertretung Sexarbeit Österreich (BSÖ)

Ein großes Ziel unserer Berufsvertretung wäre ein österreichweit einheitliches Gesetz für Sexarbeiter/innen. Beginnend mit einem landesgesetzlich identem wording, plädieren wir für eine zeitgemäße Bezeichnung für unsere Berufstätigkeit, die treffender mit beispielsweise dem Begriff „Sexdienstleistung“ als mit dem Stigmata behafteten Begriff der „Prostitution“ bezeichnet werden könnte.

Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern

1. Sexuelle Dienstleistungen statt Prostitution!

Der Begriff der Prostitution wird umgangssprachlich und in Gesetzen sehr unterschiedlich verwendet. Außerdem ist er moralisch, religiös und kulturell stark aufgeladen, sodass eine sachliche Diskussion über dieses Thema sehr schwierig ist. Die Ausrichtung der bestehenden Prostitutionsgesetze und Landespolizeigesetze zielt eher auf ein Verbot der Prostitution als darauf, einen fairen und klaren Rahmen für die Erbringung sexueller Dienstleistungen zu schaffen.

In den vergangenen Jahren wurden auch von öffentlicher Seite zunehmend die Begriffe „sexuelle Dienstleistungen“ oder „Sexualdienstleistungen“ verwendet. Exemplarisch sei auf das Oö. Sexualdienstleistungsgesetz (Oö. SDLG), LGBl. 2012/80 idF LGBl. 2018/27, verwiesen.

Deshalb regt der Klagsverband an, auch für die entsprechende niederösterreichische Regelung den Begriff „Prostitution“ durch den neutralen Ausdruck „sexuelle Dienstleistungen“ zu ersetzen, der in der Folge auch in dieser Stellungnahme verwendet wird.

2. Sexuelle Dienstleistungen nicht nur aus Perspektive der Exekutive regeln!

Die Erläuterungen des Entwurfs besagen:

„Die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs wurden im Einvernehmen mit Vertretern der Exekutive festgelegt.“

Sexuelle Dienstleistungen sind eine erlaubte selbständige Tätigkeit und nicht lediglich ein „ordnungspolitisches Problem“. Deshalb müssen Sexarbeiter_innen und einschlägig tätige Beratungsstellen in die Erarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einbezogen werden.

3. Sexualassistenten vom Prostitutionsregime ausnehmen!

Gerade neue Tätigkeitsfelder, die nicht in das klassische Konzept der „Prostitution“ fallen, lassen sich leichter unter den Begriff der sexuellen Dienstleistung subsumieren. Dazu zählen beispielsweise Dienstleistungen, die oft als „Sexualassistenten“ bezeichnet werden.

Während es in anderen EU-Staaten bereits langjährige Diskussionen – teils im rechtlichen Graubereich – gibt, steckt die österreichische Diskussion noch in den Kinderschuhen. Erste Ausbildungsgänge gibt es in Österreich bereits, wobei einheitliche bundesweite Standards wünschenswert wären.

Die Ausnahme von den verwaltungsrechtlichen Vorgaben der Prostitution würde die Sexualassistenten vom bestehenden Stigma befreien und eine sachgerechte Regelung

ermöglichen.

Es steht jedenfalls fest, dass Sexualassistenz einen Beitrag zur Verwirklichung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung im Sinn des Art 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (MRK) und auf Achtung der Privatsphäre im Sinn des Art. 22 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) leisten kann.

Der Klagsverband regt daher an,

- dass sich die NÖ Landesregierung und der NÖ Landtag für bundesweit einheitliche Standards für Sexualassistenz einsetzen und
- dass der Definition von Prostitution/sexuelle Dienstleistungen in § 2 folgender zweiter Absatz angefügt wird:

„Unterstützungshandlungen, die Menschen mit Behinderungen mit einem spezifischen Hilfsbedarf in Anspruch nehmen können, um ihre Sexualität leben zu können (Sexualassistenz), gelten nicht als sexuelle Dienstleistung im Sinn dieses Gesetzes.“

Der Klagsverband hofft, mit dieser Stellungnahme einen Beitrag zu Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit in Niederösterreich zu leisten!

SOPHIE Beratungszentrum für Sexarbeiterinnen (Volkshilfe Wien)

Mit ihrer Beratungsstelle SOPHIE setzt sich die Volkshilfe Wien seit vielen Jahren für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Sexarbeiterinnen ein.

Bereits seit 2010 bieten wir in Niederösterreich Beratung vor Ort für die dort tätigen Sexarbeiterinnen an. Hierdurch haben wir seit vielen Jahren einen guten Einblick in die Situation der Frauen.

In der vorliegenden Novelle wurden hauptsächlich ordnungspolitische Ziele verfolgt. Das Anbieten von sexuellen Dienstleistungen ist in Österreich eine legale Tätigkeit, für die es gute Rahmenbedingungen braucht um möglichst sicher und geschützt

arbeiten zu können. Hier sehen wir Verbesserungsmöglichkeiten in dem neuen Gesetz, die wir im Folgenden ausführen möchten.

Anmerkungen zu einzelnen Punkten:

Verbotsbestimmungen

§ 3 Weiterhin besteht ein Verbot der Ausübung von sexuellen Dienstleistungen in Pensionisten- Und Pflegeheimen. Dies sehen wir äußerst kritisch, da wir die Möglichkeit von Hausbesuchen in betreuten Einrichtungen als wesentlich ansehen, um Sexualassistenz bzw. Sexualbegleitung legal in den Einrichtungen anbieten zu können. Die Nachfrage steigt hier weiterhin, da der Wunsch nach Sexualität und Nähe sowohl im Alter, als auch bei Menschen mit Behinderungen besteht. Ein offener und legaler Umgang damit entspricht dem aktuellen wissenschaftlichen Diskurs zum Thema. Daher würden wir vorschlagen die Pensionisten- und Pflegeheime aus der Verbotsliste zu streichen. Die Zulassung von sexuellen Dienstleistungen in Pensionisten- und Pflegeheimen liegt sowohl im Interesse der dort wohnenden Menschen, als auch des Betreuungspersonal. Siehe dazu auch „Tagungsbericht sexuelle Gesundheit 2017“.

2. Besonderer Teil

Zu § 2:

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

1. Im § 2 wird in einem eigenen Absatz folgender Satz angefügt:

„Prostitutionslokal: Gebäude, Gebäudeteile oder Räumlichkeiten, in denen die Prostitution durch eine oder mehrere Personen wiederkehrend angebahnt oder ausgeübt wird.“

Abteilung Landesamtsdirektion/Recht

In der Änderungsanordnung könnte das Wort „Absatz“ durch das Wort „Unterabsatz“ ersetzt werden.

Zu § 3 Abs. 1

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

2. § 3 Abs. 1 erster Spiegelstrich lautet:

„- die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,“

NÖ Gemeindebund

Alle vergleichbaren Landesgesetze enthalten Altersgrenzen im Sinne des Jugendschutzes, die sich an die Schutzbefohlenen selbst sowie an Betreiber von entsprechenden Lokalen richten. In Niederösterreich beträgt die Altersgrenze für die Anbahnung und Ausübung der Prostitution 19 Jahre. Da in den meisten Bundesländern inzwischen das Schutzalter auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt wurde, will nun auch Niederösterreich die Altersgrenze entsprechend anpassen.

Dafür spricht der Gedanke der Vereinheitlichung und eine Angleichung der landesgesetzlichen Regelung an die strafrechtlich relevanten Normen (vgl. dazu etwa §§ 207b, 214 und 215a StGB). Dagegen die mögliche größere Gefährdung von praktisch noch jugendlichen Prostituierten zu negativen Begleiterscheinungen dieser Branche wie Ausbeutung, Menschen- bzw. Frauenhandel und Zwangsprostitution.

Aus diesen Gründen wird noch eine diesbezügliche Diskussion über die Herabsetzung des Schutzalters seitens unseres Verbandes angeregt.

Unabhängig davon wird darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht die Verhängung von Verwaltungsstrafen für Personen, die das Schutzalter noch gar nicht erreicht haben, nicht sinnvoll erscheint (vgl. dazu § 6 Abs. 1 Z 1 des Entwurfes). Die Sanktionierung von denjenigen, die von der Ausbeutung von jugendlichen Prostituierten profitieren, wird selbstverständlich befürwortet.

Zu § 3 Abs. 1

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

3. § 3 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Prostitution darf weder angebahnt noch ausgeübt werden

1. in für unbeteiligte Personen aufdringlicher Weise oder durch aufdringliche Kennzeichnung von Gebäuden;

2. in

- Gebäuden, die religiösen Zwecken gewidmet sind,
- Amtsgebäuden,
- Schulen,
- Heimen für Kinder oder Jugendliche,
- Jugendzentren,
- Jugendtreffs im Sinne des § 3 Abs. 1 des NÖ Jugendgesetzes, LGBl. 4600,
- Sportstätten,
- Kinder- und Jugendspielplätzen,
- Krankenhäusern,
- Kuranstalten,
- Pensionisten- und Pflegeheimen,
- Kasernen,
- Bahnhöfen,
- in einem Umkreis von 250 m Luftlinie zu all diesen Einrichtungen;

3. in unmittelbarer Nähe zu sonstigen Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel;

4. in Gebäuden mit Wohnungen, die nicht zur Ausübung der Prostitution benützt werden, oder die mit solchen Gebäuden einen gemeinsamen Zugang haben.

Von diesem Verbot ausgenommen sind die Wohnungen jener Personen, die die Dienste von Prostituierten ausschließlich für sich in Anspruch nehmen (Hausbesuche);

5. in Wohnungen, die auch von Kindern und/oder Jugendlichen bewohnt werden;
6. an Orten oder zu Zeiten, für welche die Gemeinde mit Verordnung ein Verbot erlassen hat (§ 5 Abs. 1).“

Abteilung Landesamtsdirektion/Recht

In Z 2 letzter Unterabsatz sollte am Anfang das Wort „in“ entfallen.

NÖ Gemeindebund

Das NÖ Prostitutionsgesetz sieht bereits jetzt Schutzobjekte vor, in bzw. in deren unmittelbarer Nähe die Prostitution weder angebahnt noch ausgeübt werden darf. Nun soll die Schutzzone genau definiert werden (Umkreis von 250 m Luftlinie). Dagegen gibt es keine Bedenken.

Kritisch hinterfragt wird jedoch, dass die Formulierung „in unmittelbarer Nähe“ – obwohl in den Erläuternden Bemerkungen beanstandet und daher an anderer Stelle gestrichen – neuerlich in das Gesetz (und zwar in dieselbe Bestimmung) aufgenommen werden soll.

Die Verordnungsermächtigung, die es den Gemeinden erlaubt, zusätzliche örtliche Einschränkungen zu treffen, bleibt unverändert erhalten (§ 3 Abs. 2 Z 6 iVm § 5 Abs. 1). Diese hat sich aus unserer Sicht bewährt und wird dies deshalb auch begrüßt.

Berufsvertretung Sexarbeit Österreich (BSÖ)

Es werden in § 3 Abs. 2 jene Örtlichkeiten aufgezählt, an denen Prostitution nicht stattfinden darf.

Das jetzige Prostitutionsgesetz geht auf das Jahr 1984 zurück und ist auch bezüglich dieser Aufzählung in einem speziellen Punkt unserer Meinung nach nicht mehr zeitgemäß.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum Pensionisten- und Pflegeheime keine Orte sein können, an denen Sexdienstleistungen stattfinden können.

Behinderteneinrichtungen werden nicht erwähnt, wären aber für uns ebenso Örtlichkeiten, wo dies erlaubt sein sollte.

Es wäre diskriminierend, wenn betagten oder behinderten Menschen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigungen nicht in der Lage sind, eine Prostitutionsstätte selbstständig aufzusuchen, dadurch die Möglichkeit genommen wird, ihr Grundbedürfnis nach Intimität und Sexualität ausleben zu können, zumal das für diese Personengruppen oft die einzige Möglichkeit ist, dies zu tun. Da in unserer Arbeit Anfragen dieser Klientel einen sehr geringen Prozentsatz ausmachen, ist ergo nicht mit Störungen des Heimalltags zu rechnen. Besuche von Sexdienstleister/innen würden ohnehin sehr diskret ablaufen.

Weiters möchten wir anmerken, dass es einen österreichweiten Lehrgang „Sexualbegleitung/Sexualassistenz für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen“ gibt, der speziell für Sexarbeiter/innen gedacht ist, die in diesem Segment tätig sein wollen. Die Ausbildung ist gerade auf diese Personengruppe ausgerichtet, die in Pensionisten- und Pflegeheimen oder Behinderteneinrichtungen leben und ganz darauf angewiesen sein können, dass sie von einer Sexdienstleister/in besucht werden, weil dies meist die einzige Möglichkeit darstellt.

Es würde uns daher sehr freuen, wenn man den §3, Abs. 2 bezüglich unserer Stellungnahme ändert und Pensionisten- und Pflegeheime vom Prostitutionsverbot ausnimmt.

Eine weitere Anmerkung hätten wir zu §3, Abs. 2, der im Umkreis von 250 m Luftlinie zu sämtlichen aufgezählten Einrichtungen Prostitution verbietet. Im Wiener Prostitutionsgesetz wurde diese Abstandsregelung 2011 bereits aufgehoben. Da die Anbahnung von Prostitution nicht vor dem Gebäude stattfinden darf und Lokalitäten von außen auch als solche diskret aussehen sollten, sehen wir keinen Grund für die Einführung von einem Mindestabstand.

SOPHIE Beratungszentrum für Sexarbeiterinnen (Volkshilfe Wien)

§ 3 Abs. 2 Umkreis von 250 m Luftlinie, dies bedeutet eine deutliche Ausdehnung der Abstandregelung. Aus unserer Arbeit in Wien wissen wir, dass es mit der früher bestehenden Regelung des Abstandes immer wieder große Probleme gegeben hat. Mit Änderung im Neuen Prostitutionsgesetz von 2011 wurde diese Abstandsregelung fallen gelassen.

Diese Einschränkung erscheint ordnungspolitisch sehr weitreichend. Eine zu starke Reduktion von legalen Arbeitsorten führt zu vermehrter Abhängigkeit der Sexarbeiterinnen.

Die sichere Lage und die gute Erreichbarkeit von Prostitutionslokalen unterstützt die Unabhängigkeit von Sexarbeiterinnen. Werden Lokale in schwer erreichbare Gegenden oder Orte mit schwacher Infrastruktur verbannt, begünstigt dies die Errichtung von Großbordellen, in denen Arbeitsbedingungen tendenziell schlechter zu kontrollieren sind.

§ 3 Abs. 5 Wohnungen, die auch von Kindern und/oder Jugendlichen bewohnt werden Dies sehen wir als nicht erforderlich, da dem Jugendschutz genüge getan ist, wenn auf die Abwesenheit von minderjährigen abgestellt wird.

Zu § 4

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

4. § 4 lautet:

„§ 4

Anzeigepflichten

(1) Verfügungsberechtigte über Gebäude, Gebäudeteile oder Räumlichkeiten, in denen die Prostitution durch eine oder mehrere Personen wiederkehrend angebahnt oder ausgeübt werden soll, müssen dies unter Angabe des Vor- und Familiennamens, des Geburtsdatums, des Wohnortes und der Staatsbürgerschaft der Betreiberin oder des Betreibers des Prostitutionslokales vorher der Gemeinde schriftlich anzeigen. Wird das Prostitutionslokal von einer juristischen Person

betrieben, sind die Daten dieser und der für das Prostitutionslokal verantwortlichen Person anzuzeigen.

(2) Die Betreiberin oder der Betreiber eines Prostitutionslokals sind verpflichtet, Personen, die im Prostitutionslokal der Prostitution oder der Anbahnung der Prostitution nachgehen, vor Aufnahme ihrer Tätigkeit der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat jedenfalls den Vor- und Familiennamen, das Geburtsdatum und den Geburtsort, die Wohnanschrift und die Staatsbürgerschaft zu enthalten. Jede Änderung dieser Daten sowie die Beendigung einer nach dem ersten Satz gemeldeten Tätigkeit ist der Gemeinde unverzüglich, spätestens aber nach drei Werktagen, schriftlich anzuzeigen.

(3) Personen, welche die Prostitution außerhalb von Prostitutionslokalen (Hausbesuche) ausüben wollen, müssen dies vor Aufnahme der Tätigkeit ihrer Hauptwohnsitzgemeinde schriftlich anzeigen. Die Anzeige hat jedenfalls den Vor- und Familiennamen, das Geburtsdatum und den Geburtsort, die Wohnanschrift und die Staatsbürgerschaft zu enthalten. Jede Änderung dieser Daten sowie die Beendigung einer nach dem ersten Satz gemeldeten Tätigkeit sind der Gemeinde innerhalb von drei Werktagen, schriftlich anzuzeigen.“

Abteilung Landesamtsdirektion/Recht

In Abs. 2 sollte im ersten Satz geprüft werden, ob das Wort „sind“ durch das Wort „ist“ zu ersetzen wäre.

Im dritten Satz wäre dagegen zu prüfen, das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ zu ersetzen.

Weiters sollte die Formulierung „unverzüglich, spätestens aber nach drei Werktagen“ an jene in § 10 Abs. 3 und 4 (neu) angeglichen werden.

Zu Abs. 3 sollte überlegt werden, inwiefern auf das in § 2 neu definierte „Prostitutionslokal“ abgestellt werden könnte.

Österreichischer Städtebund

Es ergeht die Anregung, eine Bestimmung aufzunehmen, die die Zuständigkeit für Personen, die die Prostitution außerhalb von Prostitutionslokalen (Hausbesuche) ausüben wollen, regelt. Gerade im grenznahen Gebieten ist es durchaus üblich, dass

diese Personen im Ausland wohnhaft bleiben und nur zur Berufsausübung nach Österreich kommen. Diese verfügen über keinen Wohnsitz in Österreich und eben so wenig über einen Berufssitz, so dass die Behördenzuständigkeit für die Anzeigepflicht im Unklaren bleibt.

zu § 4 Abs. 1

In dieser neugefassten Bestimmung wird der künftige Verwaltungsaufwand wesentlich erhöht, da nicht — wie bisher — eine Anzeige, sondern (zumindest) zwei erforderlich sind. Diese sind von der Behörde zu prüfen und die erforderlichen Schritte zu setzen. Der Verwaltungsaufwand wird daher um zumindest 100% erhöht.

Im Lichte der Judikatur zur GewO stellt sich auch die Frage, ob der Inhaber der Anlage tatsächlich vom Betreiber des Gebäudes/Gebäudeteil oder Räumlichkeit, in dem die Prostitution wiederkehrend angebahnt oder ausgeübt werden soll, unterschiedlich sein kann. Dies wird dann zu verneinen sein, wenn die Bestimmung wirklich nur den Inhaber jenes Bereiches eines Bauwerkes meint, in dem die Prostitution ausgeübt werden soll. Der Text könnte aber auch so gelesen werden, dass hier mehrere Personen in Frage kommen, nämlich der Inhaber des gesamten Gebäudes (z.B. Wohn- und Geschäftshaus), dessen Pächter/Mieter/Wohnungseigentümer für einen Gebäudeteil (z.B. Geschäftsbereich im EG) und dann letztlich der Mieter des einzelnen Lokales, in dem die Prostitution ausgeübt werden soll. Die Bestimmung ist als sehr unklar und missverständlich formuliert zu bezeichnen und daher abzulehnen.

Abschließend wird festgestellt, dass die weitreichenden zusätzlichen schriftlichen Anzeigepflichten bei der Gemeinde zu einem erheblichen Mehraufwand führen.

NÖ Gemeindebund

Schon bisher mussten Verfügungsberechtigte über Gebäude oder Gebäudeteile, in denen die Prostitution angebahnt oder ausgeübt werden soll, dies vor Aufnahme der Gemeinde bekanntgeben. Im neuen Absatz 1 soll diese Bestimmung nunmehr präzisiert werden. Dagegen bestehen unsererseits keine Bedenken.

Neu ist jedoch, dass sowohl der Betreiber einer Prostitutionslokals als auch Personen, die die Prostitution außerhalb eines solchen Lokals ausüben, angehalten werden sollen, die persönlichen Daten von Prostituierten der Gemeinde schriftlich zu melden (Abs. 2 und 3 des Entwurfes). Diese Meldepflicht soll auch bestehende „Einrichtungen“ treffen sowie Personen die bereits derzeit die Prostitution im Sinne von § 4 Abs. 3 des Entwurfes ausüben. Dafür ist lediglich eine Übergangsfrist von einem Monat vorgesehen (§ 10 Abs. 3 und 4 des Entwurfes).

Als Begründung für diese Regelung findet man in den Erläuternden Bemerkungen lediglich den Hinweis, „dass über den ordnungspolitischen Gedanken hinaus dadurch die notwendigen Kontakte zur Behörde auch für Informations- und Beratungsgespräche genützt werden können“. Im Allgemeinen Teil der Erläuterungen wird zum ordnungspolitischen Aspekt angemerkt, dass die „umfangreicheren Anzeigeverpflichtungen zu einer Steigerung der Transparenz im Sektor der legalen Prostitution beitragen und aus ordnungspolitischer Sicht gezieltere Kontrollen ermöglichen sollen.“

Da die Gemeinden jedoch die Hauptlast der in Aussicht genommenen Änderungen zu tragen hätten – trotz gegenteiliger Behauptung in den Erläuternden Bemerkungen – wird diesbezüglich Folgendes kritisch dargelegt:

Aus ordnungspolitischer bzw. polizeilicher Sicht erwartet man sich durch eine Meldepflicht beispielsweise eine effektivere Bekämpfung der Begleitkriminalität sowie einen besseren Schutz der Prostituierten. Darüber hinaus könnte man allenfalls die starke Fluktuation in diesem Bereich wirksamer wahrnehmen sowie leichter Rückschlüsse auf dahinterliegende Strukturen ziehen. Aus diesen Gründen müssen nach dem Wiener Prostitutionsgesetz 2011 Personen, die beabsichtigen die Prostitution auszuüben, dies der Polizei persönlich melden. Diese Meldung ist auch mit einem Beratungsgespräch verbunden.

Allerdings hat bereits Deutschland seit in Kraft treten des dortigen Prostitutionsschutzgesetzes vor nunmehr fast genau drei Jahren erfahren müssen, dass eine derartige Meldepflicht an die Gemeinden (oder Länder) mit vielen Problemen verbunden ist und nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt hat. So haben

viele Meldepflichtige aus Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung ihre persönlichen Daten gar nicht weitergegeben. Diese Tendenz wurde noch durch den hohen Anteil von Prostituierten mit Migrationshintergrund verstärkt. Auch sprachliche Barrieren sowie Vorbehalte gegen staatliche Institutionen – aufgrund von negativen Erfahrungen aus ihren Heimatländern – haben viele davon abgehalten, sich zu melden. Nicht zuletzt spielt auch das im Durchschnitt niedrige Bildungsniveau dabei eine negative Rolle. Viele Behörden in den Gemeinden und Ländern waren zum Zeitpunkt der Einführung der neuen Meldepflicht noch gar nicht personell und administrativ auf die zusätzlichen Aufgaben vorbereitet und daher auch entsprechend überfordert. Im Ergebnis führte dies dazu, dass nicht nur den Behörden ein erheblicher zusätzlicher Aufwand entstand, sondern sich viele Prostituierte gar nicht angemeldet haben und in die Illegalität abgeglitten sind. Dadurch sind diese noch stärker in nicht gewünschte Abhängigkeitsverhältnisse geraten, wodurch die Intention der dortigen Gesetzesänderung jedenfalls konterkariert wurde. Auch in Österreich wird man wohl von einem ähnlichen Umfeld wie in unserem Nachbarland ausgehen können. Es wird daher bezweifelt, ob durch diese Maßnahmen die gewünschten Verbesserungen erreicht werden können.

Weiters wird angemerkt, dass die (persönliche) Beratung über Rechte und Pflichten, Gesundheitsvorsorge, Schwangerschaftsverhütung und dgl. auch nach Ansicht des NÖ Gemeindebundes wichtig ist, um die Betroffenen vor illegaler Prostitution und vor Ausbeutung zu schützen und damit zusätzlicher Kriminalität in diesem Bereich vorzubeugen. Allerdings ist diese Aufgabe sehr komplex und sehr spezifisch und obliegt daher keinesfalls den Gemeinden, die mit ihren Ressourcen solche Maßnahmen gar nicht bewältigen können.

Viel eher wird das Land hier angehalten werden, bestehende Beratungsangebote auszubauen, um den gewünschten Effekt zu erzielen.

Betont wird auch, dass Personen, die der Prostitution nachgehen, verpflichtet sind, sich vor Beginn ihrer Tätigkeit – sowie dann in regelmäßigen Abständen – einer amtsärztlichen Untersuchung hinsichtlich des Vorliegens von Geschlechtskrankheiten sowie einer HIV- und Syphilisinfektion zu unterziehen. Dies wird in einem amtlichen Lichtbildausweis (sog. „Deckel“) vermerkt bzw. bestätigt. In einigen

Bundesländern – auch in Niederösterreich – ist darüber hinaus auch eine regelmäßige Tuberkuloseuntersuchung vorgesehen. Die persönlichen Daten der Betroffenen liegen somit bei den zuständigen Behörden bereits auf.

Unabhängig davon sollen nun die Gemeinden verpflichtet werden – und zwar mit entsprechendem Aufwand – laufend persönliche Daten der Betroffenen zu sammeln und zu verwalten, obwohl nicht einmal nachvollziehbar ist, für welche Zwecke diese Daten gebraucht werden. Fraglich ist auch, ob die gewünschten Daten überhaupt vollständig bei den Gemeinden einlangen, weshalb höchst zweifelhaft ist, ob die gewünschten Ziele zu realisieren sind. Ausschlaggebend ist jedoch, dass die angeführten Bestimmungen einen hohen bürokratischen, administrativen und personellen Aufwand verursachen, wobei für die beträchtlichen Kostenfolgen die Gemeinden alleine aufkommen sollen. Eine solche zusätzliche Belastung in einer Zeit, in der die Gemeinden ohnehin vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen stehen, wird entschieden zurückgewiesen. Ferner hätte dem Entwurf auch eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden aufgenommen werden müssen. Eine solche Darstellung ist jedoch dem Vorhaben nicht zu entnehmen.

Demgemäß wird der Abs. 2 und Abs. 3 dieser Regelung des Entwurfes von uns ausdrücklich abgelehnt.

Berufsvertretung Sexarbeit Österreich (BSÖ)

Bezüglich der Anzeigepflicht in § 4 Abs. 3 möchten wir anmerken, dass es gerade für Sexarbeiter/innen aus ländlicheren Gegenden möglicherweise problematisch sein könnte, in ihrer Hauptwohnsitzgemeinde ihre Tätigkeit anzuzeigen, weil wir hier die Diskretion und Anonymität der /des Sexarbeitenden gefährdet sehen. Wir würden aufgrund dessen vorschlagen, eine Meldung nicht nur auf die Hauptwohnsitzgemeinde zu beschränken.

SOPHIE Beratungszentrum für Sexarbeiterinnen (Volkshilfe Wien)

§4 Abs. 2 Hier wird eine Pflicht des/der BetreiberIn geschaffen Sexarbeiterinnen der zuständigen Behörde zu melden. Da Prostitution nur als Neue Selbstständige legal möglich ist, widerspricht diese Meldeverpflichtung der Selbstständigkeit. Außerdem

sehen wir hier ein Ungleichgewicht zwischen SexarbeiterInnen und den BordellbetreiberInnen.

§4 Abs. 3 Hier sehen wir die Gefahr, dass die Anonymität der SexarbeiterInnen nicht gewahrt werden kann, wenn sie sich bei der Hauptwohnsitzgemeinde melden muss. Aus der Praxis wissen wir, dass SexarbeiterInnen oft sehr bewusst ihren Wohnsitzort und ihren Arbeitsort räumlich trennen, da im Privaten ihre Tätigkeit oft nicht bekannt ist.

Zu § 5 Abs. 2

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

5. § 5 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Gemeinde hat Anzeigen nach § 4 Abs. 1 der Bezirksverwaltungsbehörde oder im Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist, der Landespolizeidirektion, unverzüglich mitzuteilen.“

Abteilung Landesamtsdirektion/Recht

Es wäre zu überprüfen, ob der letzte Beistrich entfallen sollte.

Zu § 6 und § 7

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

6. §§ 6 und 7 lauten:

„§ 6

Strafbestimmungen

(1) Wer

1. die Prostitution entgegen den Bestimmungen des § 3 anbahnt oder ausübt,
2. zur Anbahnung oder Ausübung der Prostitution entgegen den Bestimmungen des § 3 beiträgt,
3. einer der im § 4 oder im § 10 angeführten Anzeigepflichten nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt, wobei als Tatort der Sitz der Gemeinde gilt, an welche die Anzeige zu erstatten ist,

4. es als Verfügungsberechtigte oder Verfügungsberechtigter über Gebäude oder Gebäudeteile zulässt, dass dort die Prostitution ausgeübt wird, obwohl dies dort aufgrund von Bestimmungen dieses Gesetzes oder einer Verordnung nach § 5 Abs. 1 verboten ist,
5. entgegen einer nach § 5 Abs. 1 erlassenen Verordnung handelt,
6. den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes entgegen § 9 Abs. 1 den Zutritt zu Grundstücken, Gebäuden und Räumlichkeiten nicht gewährt,
7. den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes entgegen § 9 Abs. 1 auf Verlangen ihre oder seine Identität nicht nachweist oder die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt,

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde, im Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist, von der Landespolizeidirektion, mit einer Geldstrafe bis € 3.600,- und im Fall der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu 3 Wochen, im Falle der Wiederholung mit einer Geldstrafe bis € 7.200,- und im Fall der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu 6 Wochen zu bestrafen.

(2) Keine Verwaltungsübertretung liegt vor, wenn die jeweilige Tathandlung (Unterlassung) zugleich den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet.

§ 7

Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes

Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben zur Unterstützung der Bezirksverwaltungsbehörden einzuschreiten durch

- a) Vorbeugungsmaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen;
- b) Maßnahmen, die für die Einleitung oder Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind.“

Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute

Der Kommentar zu § 6 Abs. 2 ist missverständlich, wonach die Z. 2 zusätzlich aufgenommen wurde, um klarzustellen, dass auch die Beitragstäterschaft (im Sinne des § 7 VStG) eine Verwaltungsübertretung ist.

Bei § 6 Abs. 2 handelt es sich um eine neue Übertretung und ist im Gegensatz zur Beitragstäterschaft gemäß § 7 VStG kein Vorsatz erforderlich und Fahrlässigkeit gemäß § 5 VStG ausreichend.

SOPHIE Beratungszentrum für Sexarbeiterinnen (Volkshilfe Wien)

§6 Abs. 3 hier erfolgt keine Differenzierung nach SexarbeiterIn und BetreiberIn. Entsprechend der deutlich geringeren Einkünften von SexarbeiterInnen erscheint für diese ein geringerer Strafraum geboten.

Zu § 8

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

7. § 8 erhält die Bezeichnung § 10. §§ 8 und 9 (neu) lauten:

„§ 8

Verwendung personenbezogener Daten

Die Gemeinden, die Bezirksverwaltungsbehörden und die Landespolizeidirektion sind zur Erhebung und Verwendung von personenbezogenen Daten ermächtigt, soweit dies in ihrem Aufgabenbereich nach diesem Gesetz liegt.

Bundesministerium für Inneres

Die im Entwurf des NÖ Prostitutionsgesetz vorgeschlagenen Regelungen über die Verwendung personenbezogener Daten beschränkt sich auf einen pauschalen Hinweis der Zweckbestimmung, „soweit dies in ihrem Aufgabenbereich nach diesem Gesetz liegt“ und sieht keine weiteren Regelungen im Umgang mit personenbezogenen Daten vor. In den Erläuterungen findet sich lediglich ein Hinweis auf die Berücksichtigung der DSGVO: „Mit dieser Bestimmung sollen die Behörden zur Erhebung und Verwendung von personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung ermächtigt werden. Die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung sind dabei zu berücksichtigen.“

Die vorgeschlagene Textierung scheint damit nicht den Erfordernissen des Grundrechts auf Datenschutz (§ 1 DSG) (Stichwort: Determinierungsgebot), der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) (Stichwort: Art 5 DSGVO - Grundsätze der

Zweckbindung, Datenminimierung, Richtigkeit sowie Speicherbegrenzung) und der ständigen Rechtsprechung des VfGH zu entsprechen. Nach der Judikatur des VfGH muss in der gesetzlichen Regelung für Jedermann vorhersehbar sein, unter welchen Voraussetzungen die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt. Dies impliziert auch die sich ergebenden Grenzen der Datenerhebung und -verwendung nach § 1 Abs. 2 DSG, die nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes dermaßen zu bestimmen sind, dass der Eingriff in das Grundrecht nur in der gelindesten, zum Ziel führenden Art vorgenommen wird (vgl. VfSlg 18146/2007, VfGH 29.11.2017, G 223/2016 mwN).

Im vorliegenden Entwurf fehlen jegliche Hinweise zur Verarbeitung der Datenarten (zB. Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Nationalität etc.), Übermittlungsermächtigungen, Verwendungsbeschränkungen, Löschfristen oder zur Aufbewahrung.

Dies erscheint insbesondere im Hinblick auf die Sensibilität der zu regelnden Daten im Themenkomplex „Prostitution“, den Daten zum Sexualleben bzw. der sexuellen Orientierung, die dem Bereich der besonderen Kategorie von personenbezogenen Daten (Art. 9 DSGVO) zuzuordnen sind, bedenklich.

Zur verfassungs- bzw. datenschutzkonformen Regelung der Inhalte darf in diesem Zusammenhang auf die umfassende Rechtsprechung des VfGH (vgl. oa. Ausführungen) sowie die Regelungen des vergleichbaren Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 – WPG 2011, LGBl. Nr. 24/2011, § 19 leg. cit., verwiesen werden.

Zu § 9

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

7. § 8 erhält die Bezeichnung § 10. §§ 8 und 9 (neu) lauten:

§ 9

Überwachung

- (1) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes im Rahmen ihrer Mitwirkung gemäß § 7 und die Organe der Gemeinde sind berechtigt, jederzeit und unangekündigt die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der auf dessen Grundlage ergangenen Verordnungen zu überprüfen und zu diesem Zweck die für den Betrieb eines Prostitutionslokals verwendeten Grundstücke, Gebäude und Räumlichkeiten zu betreten. Die dort angetroffenen Personen haben auf Verlangen ihre Identität nachzuweisen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes im Rahmen ihrer Mitwirkung gemäß § 7 und die Organe der Gemeinde sind befugt, vorgefundene Beweismittel sicherzustellen und in Verwahrung zu nehmen.
- (3) Die Zutrittsbefugnis gemäß Abs. 1 kann mit angemessener unmittelbarer Zwangsgewalt durchgesetzt werden.
- (4) Die Befugnisse gemäß Abs. 1 bis 3 sind unter Vermeidung unnötigen Aufsehens sowie mit möglicher Schonung des Rufes, der Rechte und schutzwürdigen Interessen der Betroffenen auszuüben. Auf Verlangen ist den Betroffenen binnen 24 Stunden eine Bescheinigung über die Vornahme der Amtshandlung mit Angabe der Gründe dafür auszustellen.
- (5) Der Einsatz von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes, die ihre amtliche Stellung oder ihren Auftrag weder offen legen noch erkennen lassen, ist nur zulässig, wenn und soweit ein begründeter Verdacht für eine strafbare Tat gemäß § 6 vorliegt und dies zur Ermittlung oder Aufklärung einer strafbaren Tat gemäß § 6 erforderlich ist.“

Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute

Die Regelung gemäß § 9 Abs. 5 wird nicht näher kommentiert, dürfte aber Fälle betreffen, bei denen z.B. Beamte in Zivil zu illegaler Prostitution ermitteln und sich als mögliche Kunden ausgeben. Die Regelung erscheint nicht erforderlich, da gemäß VwGH vom 8.11.2000, 99/04/0190, eine Verwaltungsübertretung auch dann strafbar ist, wenn sie durch einen agent provocateur verursacht wird (Hinweis E 17.1.1953, 1327/50, VwSlg 2384 A/1953).

Österreichischer Städtebund

In Abs. 1 ist zur Überwachung geregelt, dass auch die Organe der Gemeinde berechtigt sind, jederzeit und unangekündigt die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der auf dessen Grundlage ergangenen Verordnungen zu überprüfen und räumt weitreichende Betretungsmöglichkeiten und im Absatz 2 die Sicherstellung und Verwahrung von Beweismitteln ein.

Eine Überwachung kommt ohnedies nur in Begleitung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes in Betracht, da es Organen der Gemeinde an Durchsetzungsmöglichkeiten wie im Absatz 3 angeführt, fehlt und ein Zuwiderhandeln nach § 6 auch keine Verwaltungsübertretung darstellt.

Zur Klarstellung im Hinblick auf die Mitwirkungspflicht gemäß § 7 wird angeregt in § 9 Abs. 1 die Überwachung durch die Bezirksverwaltungsbehörde oder im Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist, die Landespolizeidirektion zu erweitern.

NÖ Gemeindebund

Nach dieser Bestimmung sollten die Organe der Gemeinde ermächtigt werden

- Grundstücke, Gebäude und Räumlichkeiten, in denen die Prostitution ausgeübt oder angebahnt wird zu betreten, Personen, die dort angetroffen werden zum Identitätsnachweis zu verpflichten und Auskünfte zu verlangen;
- Beweismittel sicherzustellen und zu verwahren und
- Die Zutrittsbefugnis mit angemessener unmittelbarer Zwangsgewalt durchzusetzen.

Diese Befugnisse sollen den Gemeindeorganen zur Unterstützung der Bezirksverwaltungsbehörden zur Einleitung und Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens eingeräumt werden.

Der NÖ Gemeindebund weist darauf hin, dass die Handhabung des Verwaltungsstrafrechts nicht zum eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zählt (VfSlg. 8155/1977, 9704/1983, 10.614/1985, 11.653/1988). Wenn nun den Gemeinden durch die vorliegende Regelung diverse Zwangsrechte eingeräumt

werden sollen, handelt es sich dabei eindeutig um Befugnisse, die im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens eine entscheidende Rolle spielen und mit einem solchem in einem derart engen Zusammenhang stehen, dass sie als Teil dessen zu werten sind. Die angeführten Befugnisse der Organe der Gemeinde !!! sind demnach rechtlich unzulässig und werden von uns daher entschieden abgelehnt.

Zu § 10

Zur Begutachtung ausgesandter Text.

8. Im § 10 (neu) werden folgende Abs. 3 bis 5 angefügt:

„(3) Betreiberinnen oder Betreiber eines Prostitutionslokals haben Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Landesgesetzes in der Fassung LGBl. Nr. XX/XXXX im Prostitutionslokal der Prostitution oder der Anbahnung der Prostitution bereits nachgehen, binnen eines Monats der Gemeinde unter sinngemäßer Anwendung des § 4 Abs. 2 schriftlich anzuzeigen.

(4) Personen, welche die Prostitution zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Landesgesetzes in der Fassung LGBl. Nr. XX/XXXX bereits ausüben, haben dies binnen eines Monats der Gemeinde des Ortes der Ausübung unter sinngemäßer Anwendung des § 4 Abs. 3 anzuzeigen.

(5) Für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Landesgesetzes in der Fassung LGBl. Nr. XX/XXXX ordnungsgemäß angezeigten Prostitutionslokale nach § 4 findet § 3 Abs. 2 Z 2 und 3 keine Anwendung.“

Abteilung Landesamtsdirektion/Recht

In Abs. 5 sollte überlegt werden, ob der Verweis auf „§ 3 Abs. 2 Z 2 und 3“ hinsichtlich Z 2 auf den letzten Spiegelstrich einzuschränken wäre, sodass der Verweis lauten könnte: „§ 3 Abs. 2 Z 2 letzter Spiegelstrich und Z 3“

Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute

Die Übergangsvorschrift gemäß § 10 Abs. 5 sollte geändert werden. Laut den Erläuterungen soll mit dieser Regelung zum Ausdruck gebracht werden, dass die geänderten Abstandsregelungen nach § 3 nicht für schon bestehende, nach der vormals geltenden Rechtslage ordnungsgemäß angezeigte Gebäude oder Gebäudeteile, in denen die Prostitution angebahnt oder ausgeübt wird, gelten sollen.

Nach der geplanten Formulierung gemäß § 10 Abs. 5 sollen jedoch sämtliche Bestimmungen gemäß § 3 Abs. 2 Z 2 und 3 nicht anwendbar sein. Es könnten dadurch Fälle nicht mehr verfolgt werden, bei denen zwar die alte Anzeigepflicht formell erfüllt war, jedoch schon zuvor in verbotenen Bereichen die Prostitution ausgeübt wurde.